

«Investivlohn darf Risiken nicht erhöhen»

30. Nov.2006 Netzeitung

Der Ökonom Horn sieht Investivlöhne als sinnvolles Instrument, um die «schiefe Verteilung» in Deutschland «abzumildern» - aber nur, wenn sie zusätzlich gezahlt werden, wie er der Netzeitung sagte.

Netzeitung: *Die CDU hat sich für eine stärkere Förderung von Investivlöhnen, also der Beteiligung von Mitarbeitern an ihren Unternehmen, ausgesprochen und stößt damit beim Koalitionspartner SPD auf verhaltene Zustimmung. Herr Horn, was ist von dem Vorschlag zu halten?*

Gustav Horn: Es kommt darauf an, wie er umgesetzt würde. Investivlöhne als Ersatz für normale Lohnsteigerungen wären abzulehnen, weil dann Risiken auf die Arbeitnehmer verlagert würden. Werden Investivlöhne hingegen zusätzlich angeboten, würde ich das begrüßen, weil damit das Verteilungsrisiko, das in den letzten Jahren zu Lasten der Arbeitnehmer ging, gemildert würde.

Netzeitung: *Es stünde aber doch eher zu erwarten, dass innerhalb der Unternehmen umgeschichtet würde ...*

Horn: Der Verhandlungsprozess wird erwartungsgemäß irgendeine Lösung dazwischen ergeben. Was jedenfalls nicht sein darf – und da dürften die Gewerkschaften auch nicht mitmachen – ist, dass einfach das Einkommensrisiko der Arbeitnehmer erhöht wird.

Netzeitung: *Stimmt das Argument der Befürworter, bei Investivlöhnen seien die Mitarbeiter motivierter?*

Horn: Es bindet die Arbeitnehmer stärker an das eigene Unternehmen, das ist sicherlich ein Vorteil für das Unternehmen. Das kann für den Arbeitnehmer aber ein Problem sein, denn es ist wichtig, dass man das Vermögen aus diesen Investivlöhnen zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt mitnehmen kann. Ansonsten hat man eine Risikokonzentration. Man haftet mit dem Arbeitsplatz beim Unternehmen plus mit dem Vermögen, und das sollte zumindest auf Dauer nicht sein.

Netzeitung: *Was müsste die Koalition konkret tun, um den Vorschlag der CDU sinnvoll umzusetzen?*

Horn: Die Politik kann das im Detail überhaupt nicht regeln, denn es ist Sache der Tarifparteien, hier eine Lösung zu finden. Was die Regierung machen kann, ist schlicht, steuerliche Anreize für solche Lohnabschlüsse zu geben.

Netzeitung: *Diese Anreize müsste Finanzminister Steinbrück aber irgendwie finanzieren ...*

Horn: Wenn dafür die Mehrwertsteuer noch einmal erhöht wird, haben die Arbeitnehmer nichts davon. Aber es stellt sich in der Tat die Frage, wie man das finanziert – ob aus dem laufenden Haushalt oder über die Erhöhung einer Steuer. Wenn, dann könnte das

vernünftigerweise nur ein höherer Spitzensatz bei der Einkommensteuer sein. Oder man führt gleichzeitig eine Vermögensteuer ein. Aber eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer wäre das Prinzip «linke Tasche, rechte Tasche». Das brächte für die Arbeitnehmer gar nichts.

Netzeitung: *Ist das bei der Einkommensteuer nicht genauso – die wird doch von den Arbeitnehmern gezahlt?*

Horn: Das ist richtig, aber sie ist progressiv angelegt – anders als die Mehrwertsteuer, die eher degressiv wirkt. Bei den höheren Einkommen wäre eine Finanzierung über die Einkommensteuer also auch «linke Tasche, rechte Tasche», aber die mittleren und vor allem die unteren Einkommen würden dann geschont. Und gerade bei denen wäre es ja am nötigsten, dass noch etwas mehr Geld in die Haushaltskasse kommt.

Netzeitung: *Nicht jede Firma könnte ihre Mitarbeiter beteiligen – inwieweit ließen sich Investivlöhne überhaupt in Unternehmen einführen?*

Horn: Unproblematisch ist es bei Aktiengesellschaften, aber das sind nur größere Unternehmen. Ich sehe noch gewaltige Probleme bei der Frage, wie man das bei kleinen und mittleren Unternehmen macht. Zum einen werden die Eigentümer keine Eigentumsrechte abtreten wollen, und zum anderen wäre zu klären, wie der Investivlohn dort gestaltet werden soll.

Netzeitung: *Mit der stärkeren Förderung will die Politik den Unternehmen Investivlöhne schmackhaft machen – aber de facto haben sie schon heute die Möglichkeit dazu ...*

Horn: ... das stimmt ...

Netzeitung: *... doch die Quote liegt hierzulande im Vergleich zu anderen Ländern deutlich niedriger. Wie lässt sich das erklären?*

Horn: Deutschland hat einen breiten Mittelstand. Gerade bei den kleinen Unternehmen stellt sich aber die Frage, wie man mit Investivlöhnen umgehen soll. Vor allem ist nur schwer zu klären, wie die dann beteiligten Mitarbeiter bei Geschäftsentscheidungen mitwirken können. In Aktiengesellschaften würden Sie Aktionär werden und hätten dann automatisch Mitentscheidungsrechte. Ein Kleinunternehmer jedoch müsste im Prinzip die Arbeitnehmer als Teilhaber mit in die Firma nehmen – und ich weiß nicht, wie viele von ihnen dazu bereit sind.

Man darf sich davon insgesamt auch nicht zu viel versprechen. Dadurch wird das Wirtschaftswachstum nicht sehr viel anders werden als zuvor. Ich sehe Investivlöhne prinzipiell als ein Instrument, die schiefe Verteilung in Deutschland etwas abzumildern, die in den vergangenen zehn, 15 Jahren immer zu Lasten der Arbeitnehmer-Haushalte ging. Das wäre gut, aber mehr auch nicht.

Gustav Horn leitet seit 2005 das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Mit dem habilitierten Volkswirt sprach Matthias Breitingner.